

Rede von Oberbürgermeister Thomas Kufen zur aktuellen Diskussion über die Unterbringung von Flüchtlingen im Rat der Stadt Essen am 27. Januar 2016

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Rats-Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt unsere Stadt auf eine große Bewährungsprobe. Und das in vielerlei Hinsicht:

- Die Stadtverwaltung arbeitet Tag für Tag am Rande der Belastungsgrenze. Daraus darf kein Dauerzustand werden.
- Der Politik werden schwierige Diskussionen und Entscheidungen abverlangt, ohne die gesamte Tragweite abschätzen zu können. Wir sind getrieben von Landes-, Bundes- und europäischer Politik.
- Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zutiefst verunsichert. Und das nicht nur im Essener Norden, nicht nur in Essen, sondern im ganzen Land. Mich erreichen viele Briefe und E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern, die sich Gedanken um die Zukunft unserer Stadt machen.

Die Stadtverwaltung braucht zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit zuallererst Entlastung und Rückendeckung. Dazu sind klare politische Aufträge und Entscheidungen erforderlich. Prüfaufträge sind aber keine Entscheidungen. Den Einstieg, um den Krisenmodus zu verlassen, schaffen wir heute. Sowohl mit der Vorlage zur Unterbringung von Flüchtlingen, als auch mit dem Entwurf einer 1. Nachtragsatzung zum Haushalt 2016. Im Nachtragshaushalt bilden wir die notwendigen Investitionen zur Unterbringung von Flüchtlingen ab und etatisieren weiter zur kurzfristigen Entlastung zusätzlich 250 Stellen, insbesondere für das Sozialamt, die Ausländerbehörde, das JobCenter und die Immobilienwirtschaft. Das schaffen wir ohne die strengen Auflagen des Stärkungspaktes zu verletzen. Viel Spielraum haben wir nicht. Der Kämmerer wird den Satzungsentwurf im Verlauf der Sitzung erläutern. Eine Beschlussfassung erwarten wir im Februar 2016.

Gleichzeitig kündige ich an, mit der Kommunalaufsicht über unsere schwierigen Rahmenbedingungen bei der Flüchtlingsunterbringung sowie über nachvollziehbare weitere Personalbedarfe persönlich zu verhandeln. Die Flüchtlingskrise war beim Beitritt zum Stärkungspakt nicht vorhersehbar.

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtstädtische Aufgabe. Wir alle haben die Verpflichtung, Lasten und Pflichten ausgewogen zu verteilen.

Ich verstehe die Sorgen und Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger, die mich angesichts der Unterbringung und Integration von tausenden Flüchtlingen fragen: Wie sollen wir das alles schaffen?

Und ich sage ausdrücklich: Ich teile diese Sorgen. Vor allem, weil es keine einfachen Antworten gibt. Viele Faktoren werden uns von außen vorgegeben. Die Kommunen sind zur Aufnahme von Flüchtlingen gesetzlich verpflichtet. Dieser Aufgabe müssen wir nachkommen – ob wir wollen oder nicht!

Ich wiederhole hier was ich seit Wochen gebetsmühlenartig sage: Es kann so nicht weitergehen, dass uns Flüchtlinge ohne klare Identitätserfassung und ohne begonnenes Asylverfahren zugewiesen werden. Derzeit warten in unseren Einrichtungen 58 Prozent der Flüchtlinge auf den Beginn ihrer Verfahren. Zudem bleiben wir auf mehr als der Hälfte aller Kosten sitzen. Land und Bund müssen ihre Aufgaben und Zusagen erfüllen, denn das erwarten sie ja auch von uns.

Andere Faktoren kennen wir aber zu genau und damit komme ich zur Situation in Essen.

1.) Wir haben ein Flächenproblem:

Die Debatte ist nicht neu. Aber in der Vergangenheit ging es um Gewerbe- und Wohnflächen sowie um Fragen des Landschaftsschutzes, des Artenschutzes, der Entwässerung oder der Altlastenbeseitigung. Jetzt geht es um die Unterbringung von Flüchtlingen. Und zwar in der nächsten Woche, den nächsten Monaten und im nächsten halben Jahr. Allzu wählerisch können wir leider bei der Inanspruchnahme von Flächen nicht sein und dürfen gleichzeitig den sozialen Frieden in unseren Stadtteilen nicht gefährden.

2.) Wir haben ein massives Zeitproblem:

Aktuell nehmen wir an jedem Werktag 35 Flüchtlinge auf. Das sind im Monat 700 Flüchtlinge. Ein Ende ist nicht absehbar. Verlässliche, amtliche Prognosen, ob und wann mit einem Rückgang der Flüchtlingszahlen zu rechnen ist, gibt es nicht. Und größere Einrichtungen entstehen schneller als viele kleine.

3.) Wir haben darüber hinaus schon jetzt ein Kapazitätsproblem:

In unseren kommunalen Einrichtungen leben derzeit rund 4.300 Flüchtlinge. Davon rund 3.000 Menschen in Behelfseinrichtungen oder Flüchtlingsdörfern, die

wir aufgeben wollen und müssen. Die kleineren Gemeinden und die Bezirksregierung machen immer stärker Druck, dass auch die kreisfreien Städte ihre Aufnahmequoten erfüllen. Das Land rechnet uns vor, dass wir unsere Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen bisher nur zu gut 2/3 erfüllt hätten und wird sicher bald eine verbindliche Zielvereinbarung abschließen wollen. Wir reden also über zusätzliche Zuweisungen von Flüchtlingen, für die es aktuell keine Unterkünfte gibt.

Und 4.) Wir haben ein finanzielles Problem:

Nicht nur, aber auch wegen der Flüchtlingsdörfer. Jeden Tag, an dem wir die Flüchtlingsdörfer länger nutzen, gefährden wir den Haushaltsausgleich 2017 und damit den gesamten Stärkungspakt. Die Zeltunterbringung ist in Essen aus humanitärer Sicht die schlechteste und aus fiskalischer Sicht die teuerste Unterbringungsform. Und natürlich sind größere Einrichtungen wirtschaftlicher zu betreiben als viele kleine.

Das bedeutet: Fläche, Zeit, Kapazität und Finanzen – diese Faktoren müssen auf einen Punkt kommen. Und dazu brauchen wir politische Beschlüsse binnen kürzester Zeit.

Ich habe Ihnen zugesagt, dass wir bei der Unterbringung von Flüchtlingen raus aus dem Krisenmodus und rein in geordnete politische Verfahren müssen. Das heißt konkret: Entscheiden sollen und müssen die gewählten Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter. Keine leichten Entscheidungen werden ihnen und mir in den nächsten Wochen abverlangt. Und niemand kann uns diese Verantwortung abnehmen. Auch für Entscheidungen, die ein Krisenstab trifft, tragen wir letztlich Mitverantwortung.

Ich sichere Ihnen einen offenen, sachlichen und transparenten Entscheidungsprozess zu. Dazu haben wir auch einen interfraktionellen Arbeitskreis eingerichtet, der am kommenden Freitag erneut zusammen tritt. Und alle Bezirksvertretungen werden angehört. Daher ärgert es mich, wenn jetzt plötzlich behauptet wird, die angesetzte Demonstration der SPD-Ortsvereine im Essener Norden wäre deshalb nötig gewesen, weil „der CDU-Oberbürgermeister sonst diese Großunterkünfte bauen würde, ohne die Betroffenen anzuhören.“¹ Das ist schlicht falsch. Und zwar in vielerlei Hinsicht.

Die ganze Debatte vom Wochenende hilft uns bei der Lösung der eigentlichen Probleme keinen Millimeter weiter. Und damit habe ich alles gesagt. Für mich ist wichtig: Rat und Verwaltung tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt.

¹ (Zitat aus der Frankfurter Rundschau vom 26.01.2016; <http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-in-essen-karnap--wir-helfen-wirklich-gerne--aber-----,24931854,33616706.html>)